

Newsletter

AKTUELLES AUS DER FINANZWELT



 Finanz Partner Voreifel

Das Jahr 2013 – das Jahr der Aktie und des Euros

Die Kurse an den Aktienmärkten steigen und steigen. Eigentlich ein Grund zur Freude. Nur: viele Anleger sind noch gar nicht oder kaum in Aktien investiert. Sie stehen weiterhin am Spielfeldrand und warten auf die nächste Korrektur, um dann einzusteigen.

Jetzt noch einsteigen?

Vor drei, vier Jahren war es einfacher, günstig Aktien zu finden. Aber der Beinahe-Kollaps des Finanzsystems verhinderte den beherzten Einstieg bei vielen Anlegern. Stattdessen stürmten sie in Gold und Fremdwährungen: Wieder einmal zeigt sich, dass der Herdentrieb ein schlechter Ratgeber ist (Merke: da wo alle sind müssen Sie nicht auch noch sein!). Womit Gold/Silber nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden sollen, auch nicht die Beimischung von Fremdwährungen.

Ein erfahrener Vermögensverwalter sagte mir einmal, dass nichts schwieriger zu managen sei wie Währungen, da sie zu einem erheblichen Teil abhängig sind von politischen Entscheidungen. Das Beispiel Japan bestätigt das in diesen Tagen wieder einmal. Die von vielen „Experten“ für tot erklärte europäische Gemeinschaftswährung avancierte an den Devisenbörsen 2013 zum Gewinner, während ausgerechnet die Währungen rohstoffreicher Länder, die als „sichere“ Häfen gepriesen worden waren, Verluste brachten.

2013 ist wahrscheinlich auch das letzte Jahr gewesen wo mit Anleihen Geld verdient werden konnte. Ein 30-jähriger Zinszyklus ist auf seinem Tiefstand wahrscheinlich angekommen. Den Investoren bleibt die Gewissheit, dass es allein mit verzinslichen Anlagen kaum gelingen wird, das Vermögen über einen längeren Zeitraum zu erhalten.



Die Aktien zu hoch, die Zinspapiere unter der Inflationsrate, die Immobilienblase laut „Bild“ vor der Tür – was also tun? Wie jedes Jahr treten die Repräsentanten großer Banken und Vermögensverwalter vor die Presse und geben mit gewichtiger Miene ihre Prognose für die Entwicklung des DAX, Dollar & Co. in den nächsten Monaten ab. Ganz Mutige sehen den DAX bei 12000 Punkten, nicht ohne gleichzeitig vor einem kräftigen temporären Rückschlag zu warnen.

Die Erfahrung lehrt, dass solch kurzfristige Prognosen ins Leere laufen. Vielmehr kommt es darauf an, selber für sich zu definieren, welcher Anteil Ihres Vermögens langfristig investiert werden soll, welcher Anteil als Liquiditätspolster zur Verfügung stehen muss und ob Ihr Vermögen ausgewogen aufgeteilt ist. Klumpenrisiken sollten bei aller Vorliebe für einzelne Anlagearten vermieden werden. Diese Aufteilung sollte zumindest einmal im Jahr neu justiert werden (Rebalancing).

Auf lange Sicht (10 Jahre plus) lassen sich die Ertragspotentiale von Aktien durchaus relativ sicher abschätzen. So sind Aussagen wie „DAX bei 20.000“ keine Hirngespinnste. Ableiten lässt sich dies aus dem Vergleich aktueller Marktdaten mit den durchschnittlichen historischen Bewertungsniveaus. So schwanken die Märkte seit 1880 um ein Kurs-Gewinn-Verhältnis von 16,5 und einen durchschnittlichen Kurs-Buchwert von 2,1. Man kann also durchaus für die Aktienmärkte einen fairen Wert ableiten, von dem die Kurse aber auch über einen längeren Zeitraum abweichen können.

Danach sind Aktien aus Asien, Europa, aber auch der Emerging Markets weiterhin attraktiv bewertet. Putin hat den Ex-Yukos Chef Chodorkowski, die Pussy-Riot-Bandmitglieder und weitere 2500 Inhaftierte frei gelassen. Offizielle Begründung: der 20. Jahrestag der Verfassung. Aber vielmehr dürfte neben der Olympiade das schwache Wachstum und die Zurückhaltung ausländischer Investoren eine große Rolle gespielt haben. Für langfristig denkende Investoren ein überlegenswertes Kaufsignal.

Was ist mit den festverzinslichen Wertpapieren?

Hier wird es eine große mentale Einstellungsänderung beim deutschen Anleger geben müssen. Denn die Zeiten des risikolosen Zinses sind endgültig vorbei. Anleger trauen oft den Aktienmärkten nicht, wollen aber dennoch ihr Kapital vermehren. In dieser Niedrigzinsphase gleicht dies der Quadratur des Kreises. Anleger müssten mehr (Schwankungs-) Risiko eingehen, um Rendite zu bekommen und damit ihr Vermögen zu sichern. Die Bremer Landesbank formuliert es ganz klar: „Wer keine Aktien aushält, kann sein Vermögen nicht erhalten.“(Andreas Ott, Leiter Privatkunden BLB) .

Bei den Anleiheexperten gehen derzeit die Meinungen auseinander, ob man sich bereits heute mit länger laufenden Zinspapieren eindecken soll oder wartet, um dann bei höherem Zins sich einzudecken.

Beide haben ihre Argumente, was dafür spricht, sein Geld auf unterschiedliche Strategien zu verteilen.

Wenn man die Entwicklung der Wohn-Immobilien-Märkte in Irland, Frankreich und England mit Deutschland vergleicht, wird man leicht feststellen, dass wir noch weit von einer Immobilienblase entfernt sind. Es mag in einigen Städten wie Hamburg und München zu einzelnen Übertreibungen gekommen sein, aber insgesamt ist die Preisentwicklung intakt. Nachdem die neue Regierung Eingriffe in die Mietpreisentwicklung plant, dürfte dies wohl nicht gerade die Bautätigkeit beschleunigen. Das bedeutet, der Wohnungsmarkt wird wohl weiter angespannt bleiben.

„Denk-mal nach“ heißt unser neuer Slogan. Denn mit der Investition in Denkmal geschützte Häuser lassen sich weiter enorm Steuern sparen. Wenn die sonst üblichen Kriterien bei einem Immobilieninvestment wie Lage, Grundriss, Ausstattung, Bauqualität, Vermietungs- und Gebäudemanagement beachtet werden, ist dies eine einzigartige Chance aus Miete und Steuerersparnis Vermögen zu bilden. Städte wie Dresden und Potsdam sind nahezu durchsanziert, in Berlin stimmt z.T. das Preis-Leistungsverhältnis nicht mehr. Städte wie Leipzig und Erfurt bieten in den nächsten 2-4 Jahren noch sinnvolle Investitionen.

Die Zeiten bleiben spannend, denn die Verschuldungsproblematik der USA, Japan, England und Europa bleibt bestehen. Fast vergessen ist, dass vor 5 Jahren 40 von 100 Banken auf Staatshilfe angewiesen waren. Viele beklagen, dass danach zu wenig getan wurde, um eine erneute Beinahe-Kernschmelze zu vermeiden. Stattdessen diskutieren wir über die Autobahnmaut für Ausländer. Banken sind keine normalen Unternehmen. Sie leben einzig und allein vom nicht zu bilanzierenden Wert „Vertrauen“. Wenn dieses zerstört ist, kann es eng für den Anleger werden.

Unser Fazit für 2014:

- ▶ Breit streuen
- ▶ An Aktien kommt niemand vorbei. Substanzwerte und Regionen wie Europa bevorzugen
- ▶ Anleihen im langfristigen Bereich reduzieren
- ▶ Flexible Strategie- und Mischfonds in das Depot aufnehmen
- ▶ Rebalancing durchführen
- ▶ Immobilieninvestitionen („Denk-mal nach“) in diesem Jahr prüfen

Wir sind auch in diesem Jahr wieder mit verbesserten Leistungen für Sie da. Die Finanzmarktregulierung mit ihren vielen Dokumentationspflichten wird uns weiter beschäftigen. Wir hoffen, dass hier noch eine Entspannung eintreten wird.



Baufinanzierung

Der 30-jährige Zinstrend nach unten hat die Talsohle durchschritten. Zukünftig ist wieder mit steigenden Zinsen zu rechnen. Wir empfehlen daher, sich jetzt noch die günstigen Zinsen durch ein Forward-Darlehen zu sichern.

Was ist ein Forward Darlehen?

Als Forward Darlehen wird der vorzeitige Abschluss einer Anschlussfinanzierung für ein Darlehen bezeichnet, das in den nächsten 60 Monaten ausläuft. Die Inanspruchnahme erfolgt, wenn der Vertrag für Ihr auslaufendes Darlehen beendet ist. Die Restschuld des alten Darlehens wird dann mit dem Darlehensbetrag Ihres neuen Forward Darlehens ausgeglichen.

Ihre Vorteile:

Sie sichern sich heute schon den günstigen Zins, auch wenn Ihre Zinsbindung erst in 60 Monaten ausläuft. Sie sparen voraussichtlich viel Geld durch günstigere Zinsen. Zudem entstehen Ihnen während der Forward-Periode keinerlei Kosten wie Zinsen oder ein Bereitstellungsentgelt. Dank der garantierten Zinssicherung haben Sie absolute Planungssicherheit.



Foto: PIXELIO / Thorben Wengert

Tipp:

Haben Sie eine Zinsfestschreibung von mehr als 10 Jahren vereinbart, dann haben Sie ein gesetzliches Sonderkündigungsrecht nach Ablauf von 10 Jahren. So können auch Sie sich die heute günstigen Zinsen ohne Vorfälligkeitsgebühren sichern. Durch unsere Verbindung zu mehr als 300 Kreditinstituten können wir Ihnen ein individuelles Angebot machen, das Ihren Wunschvorstellungen entspricht.

Pflegetagegeld (Pflege-Bahr) mit staatlicher Förderung



Foto: PIXELIO / mediska

Der Pflegeaspekt gewinnt zunehmend an Bedeutung. Das hat inzwischen auch die Politik erkannt und daher zu Beginn des Jahres den so genannten „Pflege-Bahr“ eingeführt.

Was als grundsätzlich gute Maßnahme von Daniel Bahr gedacht war – Pflegeabsicherung ohne Gesundheitsprüfung und mit staatlicher Förderung – entpuppt sich als äußerst fragwürdiges Konstrukt. Zumindest in der gegenwärtigen Beschaffenheit des Pflege-Bahrs. Pflege-Bahr rechnet sich gegenwärtig nahezu ausschließlich für ältere Menschen und Personen, die in absehbarer Zeit pflegebedürftig werden“ Für jüngere Menschen unter 50 kann Pflege-Bahr gar zu einem Draufzahlgeschäft werden.

Geht man davon aus, dass die Beiträge jährlich im Schnitt um 5 Prozent steigen, dann zahlt der Pflegebedürftige im Leistungsfall einen höheren Beitrag als er an Rentenleistung erhält. Und es kommt noch schlimmer: Auch die Gesunden werden dann den Pflege-Bahr kündigen, da sie sehen, dass der Beitrag höher ist als die zu erwartende Leistung im Pflegefall – man hat also jahrelang umsonst gezahlt. Denn eines ist klar: Man muss davon ausgehen, dass die Beiträge im

Laufe der Jahre deutlich steigen werden, da beim Pflege-Bahr keine Gesundheitsprüfung nötig ist.

Zur Absicherung des Pflegefalles ist die „Pflegeversicherung“ die deutlich bessere Alternative. Hier bleibt der Beitrag kalkulierbar, und die Leistungen passen sich an. Gerne können Sie dazu über uns die Leistungen sowie die Preise der einzelnen Anbieter vergleichen.

„Milliarden an Steuergeschenken“ sind ungenutzt

Am 1. Januar 2005 war der Start der „nachgelagerten Rentenbesteuerung“. D. h. die Renten werden nach und nach voll besteuert. Damit verbunden sind auch in der Phase des Erwerbslebens Jahr für Jahr hohe Steuervorteile durch verstärkte Absetzbarkeit von bestehenden Vorsorgeaufwendungen. Dazu gehören auch die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung. Die Einrechnung der Steuervorteile erfolgt automatisch. Damit erhöht sich das Nettoeinkommen eines Arbeitnehmers mit beispielsweise 2.500,- € Bruttoeinkommen regelmäßig jedes Jahr im Januar um 10,- bis 20,- €.

Diese „Einkommenserhöhung“ wird leider nur kurz zur Kenntnis genommen, die Hintergründe sind in Vergessenheit geraten: nämlich dass dies der Ausgleich des Gesetzgebers dafür ist, dass das zukünftige Rentenniveau durch den Übergang zur Vollbesteuerung nochmals drastisch sinken wird. Entsprechend werden die Nettorenten im Jahr 2030 wohl bei unter 40 % des letzten Netto-Einkommens liegen. Werden diese seit 2005 steigenden jährlichen Steuervorteile nicht konsequent in eine private Altersvorsorge investiert, wird auch der Durchschnittsverdiener nach 40 Jahren Beitragszahlung nur eine Rente knapp über der Armutsgrenze beziehen.

Doch nur wer seinen Bedarf kennt, der sorgt auch vor. Wir ermitteln gemeinsam mit Ihnen anhand Ihres persönlichen Rentenbescheides (wir fordern diesen gerne auch für Sie bei der gesetzlichen Rentenversicherung an) Ihren realen Bedarf. Dabei berücksichtigen wir natürlich auch das Thema Inflation.

In dem jährlich von der gesetzlichen Rentenversicherung verschickten Bescheid weist der Gesetzgeber sogar aus-

drücklich auf diesen zusätzlichen privaten Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Inflation hin!

Werden die staatlichen Zulagen und attraktiven Steuergeschenke konsequent und geschickt genutzt, kann man sich damit eine (ordentliche) Zusatzrente aufbauen, ohne den eigenen Geldbeutel besonders zu belasten. Es ist sogar möglich, die private Zusatzrente komplett aus Steuermitteln zu finanzieren. So zahlt gewissermaßen das Finanzamt die private Zusatzrente.

Weitere Informationen können Sie gerne bei uns abrufen.

Impressum

Herausgeber:

▲ Finanz Partner Voreifel

Peters & Kuchem GbR

Vor dem Voigtstor 16 • 53359 Rheinbach

Telefon 02226/808136 • Fax 02226/808138

E-Mail: info@finanzpartner-voreifel.de

www.finanzpartner-voreifel.de

Layout, Satz+Druck:

Union Betriebs-GmbH

Egermannstraße 2 • 53359 Rheinbach

Telefon 02226/802-300 • Fax 02226/802-333

E-Mail: druckerei@ubgnet.de • www.ubgnet.de